

Wuppertal schlägt Alarm

Massive Kürzungen für das Jobcenter

Von Katharina Rüh

Wuppertal. Sie halten die Nordbahntrasse in Schuss, helfen alleinstehenden Senioren oder sortieren Elektroschrott: Menschen, die in Maßnahmen des Jobcenters zur Integration ins Arbeitsleben beschäftigt sind. Diesen Maßnahmen droht das Aus, weil die Bundesregierung bei der Finanzierung den Roststift ansetzen will. Davor warnen jetzt Sozialdezernent Stefan Kühn, Jobcenterchef Thomas Lenz, Regine Widmayer-Wagner vom Wichernhaus, Thomas Bartsch von der Diakonie und Benjamin Thuncke von der Gesa bei einer gemeinsamen Pressekonferenz.

Von einer „Abrissbirne“ spricht Regine Widmayer-Wagner, „eine Katastrophe“ nennt Thomas Lenz die Pläne. Die Teilnehmer der Pressekonferenz und weitere Sozialorganisationen Wuppertals haben bereits eine Resolution verabschiedet und sich damit deutschlandweiten Protesten angeschlossen. Für den Stadtrat ist eine Resolution auf den Weg gebracht.

„Wir sind eine coole Truppe.“

Thorsten Weber, Trassenarbeiter

Die Bundesregierung will sparen, daher soll unter anderem Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) die Ausgaben für Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration 2024 um 500 Millionen Euro reduzieren. Für das Wuppertaler Jobcenter würde das statt 40 Millionen Euro sechs bis neun Millionen Euro – fast ein Viertel – weniger bedeuten. „Dabei bräuchten wir eigentlich mehr Geld“, sagt Lenz. Schon 2023 sei das Budget um drei Millionen Euro geschrumpft, zudem wurden Tarifierhöhungen nicht ausgeglichen. Dabei steige der Bedarf nach solchen Maßnahmen.

Zusätzlich soll für Maßnahmen für junge Menschen bis

25 Jahre ab 2025 nicht mehr das Jobcenter, sondern die Arbeitsagentur zuständig sein. Worin die Träger in Wirklichkeit eine weitere Kürzung sehen, weil damit gut funktionierende Strukturen zerstört würden. 900 Millionen Euro – noch mal doppelt so viel wie 2024 in dem Bereich – soll das im Bundeshaushalt sparen, denn die Arbeitsagentur wird durch die Beiträge in die Arbeitslosenversicherung finanziert.

10 000 Menschen nehmen bisher pro Jahr an Maßnahmen teil

Mögliche Folgen der Pläne: „Die Trassenmeisterei werden wir nicht halten können“, befürchtet Regine Widmayer-Wagner. In Gefahr ist dann der Job von Thorsten Weber (46). Er ist Teil des Teams, das Schäden an der Nordbahntrasse repariert und in Vohwinkel einen zweiten Weg anlegt, um Konflikte zwischen Radlern und Fußgängern zu reduzieren. „Wir sind eine coole Truppe“, findet er. Schon vor einigen Jahren gehörte er zur Trassenmeisterei, fand dann Arbeit in einem Gartenbauunternehmen, doch das musste Stellen reduzieren. „Weil das Saisonarbeit war, hatte ich keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld“, erklärt Weber. Daher nahm er die Chance wahr, wieder an der Nordbahntrasse zu arbeiten. Denn er will nicht auf dem Sofa liegen: „Ich will was tun“, sagt er.

Er ist einer von pro Jahr rund 10 000 Menschen, denen solche Maßnahmen beim (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt helfen sollen, weil sie besondere Hürden überwinden müssen. Das sind Langzeitarbeitslose, Geflüchtete oder junge Menschen mit besonderen Schwierigkeiten. Die Arbeit in den Maßnahmen gibt ihnen zudem eine Tagesstruktur, ermöglicht soziale Kontakte und Teilhabe. Das wird unterstützt durch zusätzliche Begleitung bei weiteren Problemen, auch durch



Foto: Anna Schwartz

Vom Jobcenter bezahlte Arbeitsgelegenheiten wie die von Trassenarbeiter Thorsten Weber sind bedroht.

schnelle Kontakte zu weiteren Hilfsstellen wie Schuldner-, Sucht- oder psychosoziale Beratung.

Nutzen für die ganze Stadt

Bei der Unterstützung junger Menschen habe sich das Jobcenter Kompetenzen erarbeitet, betont Stefan Kühn, diese könne die Arbeitsagentur nicht leisten: Sie habe nicht das dafür ausgebildete Personal, ihr fehle die Vernetzung: „Wir haben viele Jahre gebraucht, diese Expertise auf-

zubauen.“ Thomas Lenz warnt: „Die ist dann weg.“

Träger der Eingliederungsmaßnahmen sind Organisationen wie das Wichernhaus, das unter anderem die Trassenmeisterei, das Trassencafé und die Skaterhalle Wicked Woods betreibt, insgesamt rund 400 Leute im Jahr beschäftigt. Bei der Gesa gGmbH arbeiten derzeit knapp 800 Menschen in über das Jobcenter finanzierten Jobs, unter anderem im Elektroschrott-Recycling für die AWG. „Das könnte man an-

ders gar nicht finanzieren“, sagt Geschäftsführer Sebastian Thuncke. Die Maßnahmen hätten nicht nur einen Nutzen für die Teilnehmer, sondern für die ganze Stadt. Das gilt auch für den Stadtteil-service – Alltagshelfer für Senioren in den Quartieren, der unter anderem von der Diakonie betrieben wird. Geschäftsführer Thomas Bartsch warnt vor den Folgen der Kürzungen gerade in einer Stadt, die eine der höchsten Verschuldungsraten von Privathaushalten habe.

Aktionstag

Noch stehen die Kürzungen nur im Haushaltsentwurf der Bundesregierung. Der Haushalt für 2024 soll im November vom Bundestag beschlossen werden. Bis dahin wollen Kritiker weiter dagegen argumentieren. In Wuppertal ist für den 29. September ein Aktionstag vor dem Barmer Rathaus geplant.